

Katharina Engler

Die Bedeutung der unechten Legal Tech-Sammelklagen für den kollektiven Rechtsschutz



Nomos

**Streitbeilegung und Streitvermeidung im Zivilrecht –
Schriftenreihe des Munich Center for Dispute Resolution**

**herausgegeben von Beate Gsell, Wolfgang Hau und
Caroline Meller-Hannich**

Band 12

Katharina Engler

Die Bedeutung der unechten Legal Tech-Sammelklagen für den kollektiven Rechtsschutz



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Halle-Wittenberg, Univ., Diss., 2022

ISBN 978-3-8487-8625-1 (Print)

ISBN 978-3-7489-3155-3 (ePDF)

1. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die dieser Abhandlung zugrunde liegende Dissertation wurde von der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg im Wintersemester 2021/2022 angenommen. Für die Veröffentlichung erfolgte eine Aktualisierung im Hinblick auf die zwischenzeitlich ergangene Rechtsprechung sowie die aktuelle Literatur. Ebenso finden die Gesetzesänderungen durch das am 01.10.2021 in Kraft getretene Gesetz zur Förderung verbrauchergerechter Angebote im Rechtsdienstleistungsmarkt Berücksichtigung. Die vorliegende Fassung ist auf dem Stand Frühjahr 2022.

Besonders herzlich danke ich meiner Doktormutter, Frau Prof. Dr. Caroline Meller-Hannich, für die außergewöhnlich freundliche Betreuung sowie für alles, was ich im Verlaufe des Promotionsverfahrens von ihr lernen durfte. Ebenso herzlich danke ich Herrn Prof. Dr. Armin Höland für die schnelle Erstellung des Zweitgutachtens sowie den angenehmen Gedankenaustausch. Für die Aufnahme in diese Schriftenreihe gilt mein Dank neben Frau Prof. Dr. Caroline Meller-Hannich auch Frau Prof. Dr. Beate Gsell und Herrn Prof. Dr. Wolfgang Hau.

Großer Dank gebührt zudem Frau Prof. Dr. Susanne Augenhöfer für die Unterstützung zu Beginn meines Promotionsprojektes an der Universität Erfurt und die unproblematische Weiterempfehlung an die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg nach ihrem Wechsel an die Universität Innsbruck.

Gefunden hat mich das Thema der unechten Legal Tech-Sammelklagen während meiner Tätigkeit als Referentin für das Rechtsdienstleistungsregister am Amtsgericht Hamburg, mit der mich der Präsident des Amtsgerichts Hamburg, Herr Hannes Rządtki, betraut hatte. Für die Übertragung dieser spannenden Aufgabe möchte ich auch an dieser Stelle meinen Dank ausdrücken.

Das Anfertigen der Dissertation neben der beruflichen Tätigkeit war herausfordernd. Dass mein Mann, Rolf Bernheim, und meine Eltern, Eva und Dr. Günther Engler, mich in meinen Plänen stets unterstützt haben, erfüllt mich mit tiefer Dankbarkeit.

Würde dieses Vorwort zu einer anderen Zeit entstehen, wäre dem nichts hinzuzufügen. Da ich diese Zeilen jedoch elf Wochen nach dem Beginn eines Angriffskrieges schreibe, möchte ich die Gelegenheit nutzen, all die

Vorwort

Menschen in den Blickpunkt zu rücken, die in unterschiedlichen Formen – zum Teil unter Einsatz ihres eigenen Lebens – für den Schutz des Lebens anderer, Freiheit, die territoriale Unversehrtheit der Ukraine und für unser aller Zukunft in einem friedlichen und sicheren Europa eintreten und kämpfen. Ihnen gilt meine Bewunderung.

Berkeley, im Mai 2022

Katharina Engler

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
A. Einführung	23
I. Relevanz des Themas	23
1. Begriff und Entwicklung des kollektiven Rechtsschutzes in Deutschland	25
a) Begriff des kollektiven Rechtsschutzes	26
b) Überblick über die Entwicklung des kollektiven Rechtsschutzes in Deutschland	26
2. Entwicklung der unechten Legal Tech-Sammelklagen	32
II. Methode und Gang der Untersuchung	37
III. Hypothesen	38
B. Zugang zum Recht als Vergleichsmaßstab für die Instrumente des kollektiven Rechtsschutzes	39
I. Begriff und Umfang des Zugangs zum Recht	39
II. Typische Hürden des Zugangs zum Recht bei Streu- und Massenschäden	42
1. Streuschäden	43
2. Massenschäden	47
a) Kein zeitnaher effektiver Rechtsschutz wegen einer Überlastung der Gerichte	47
b) Strukturelle Unterlegenheit des Anspruchsinhabers	48
c) Relatives rationales Desinteresse bei einem <i>One shotter</i>	50
d) Bestmögliche Rechtsdurchsetzung im Einzelfall trotz Massenverfahren	51
III. Keine hinreichende Bewältigung der Hürden des Zugangs zum Recht im Fall von Streu- und Massenschäden ohne Konzentration auf einen Kläger	51
1. Beteiligung aller Forderungsinhaber auf Klägerseite	52
a) Streitgenossenschaft gemäß §§ 59 f. ZPO, ggf. aufgrund einer Verfahrensverbindung	52
b) Nebenintervention, §§ 66 ff. ZPO	54

Inhaltsverzeichnis

2. Faktische Musterverfahren durch Aussetzen bzw. Ruhen von Verfahren	55
3. Musterprozessabreden	57
4. Adhäsionsklagen	59
5. Vereinfachte Verfahren für geringe Streitwerte	61
C. Vergleichsobjekte	65
I. Zivilrechtliche Instrumente des kollektiven Rechtsschutzes	65
1. Musterfeststellungsklagen	65
2. Musterverfahren nach dem KapMuG	71
3. Einziehungsklagen von Verbänden und Interessenvereinigungen	74
a) Einziehungsklagen von Verbraucherzentralen und anderen mit öffentlichen Mitteln geförderten Verbraucherverbänden	75
b) Einziehungsklagen von Berufs- und Interessenvereinigungen, Genossenschaften sowie Selbstverwaltungsorganen	76
4. Unterlassungsklagen	77
a) §§ 1–2 UKlaG	77
b) § 8 Abs. 1 S. 1, 2. Alt. UWG	81
c) § 33 Abs. 1, 2. Alt. GWB	83
5. (Folgen-)Beseitigungsklagen	84
a) Beseitigungsanspruch aus § 8 Abs. 1 S. 1, 1. Alt. UWG	86
aa) Reichweite bei Streu- und Massenschäden	87
(1) Grammatische Auslegung	90
(2) Systematische Auslegung	91
(3) Auslegung nach der Entstehungsgeschichte	92
(4) Teleologische Auslegung	93
bb) Ergebnis	94
b) Übertragbarkeit der Problematik auf die Beseitigungsansprüche aus § 33 Abs. 1, 1. Alt. GWB, § 2 Abs. 1 S. 1, 2. Alt. UKlaG	94
6. Gewinnabschöpfungs- und Vorteilsabschöpfungsklagen	96
a) Gewinnabschöpfung gemäß § 10 Abs. 1 UWG	96
b) Vorteilsabschöpfung nach § 34a Abs. 1 GWB	101
7. Ausblick auf die durch die Verbandsklagen-RL veranlasste Erweiterung der Instrumente des kollektiven Rechtsschutzes	102
a) Anwendungsbereich	102

b) Erheblicher Umsetzungsspielraum	103
c) Kernelemente und Vorgaben der Verbandsklagen-RL	105
8. Die unechten Legal Tech-Sammelklagen	111
a) Darstellung des Geschäftsmodells	111
aa) Einziehungsteil	112
bb) Der Tech-Anteil	112
cc) Gebündelte Geltendmachung	114
dd) Prozessfinanzierung und Erfolgshonorar in Form einer quota litis	115
ee) Unterschiedliche Regelungen über Vergleichsschlüsse	116
ff) Registrierung als Inkassodienstleister	117
b) Zulässigkeit der unechten Legal Tech-Sammelklagen als Inkassodienstleistung	117
aa) Umfang der zulässigen rechtlichen Prüfung und Beratung	121
(1) Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts	122
(a) Inkasso-I- und Inkasso-II-Beschlüsse des BVerfG zum RBerG	122
(b) Übertragbarkeit der Inkasso-I- und Inkasso-II-Beschlüsse des BVerfG auf das RDG	124
(c) Zwischenergebnis zur verfassungskonformen Auslegung	125
(2) Einfachgesetzliche Auslegung bis zum Inkrafttreten des Legal Tech-Gesetzes	126
(a) Grammatische Auslegung	126
(b) Systematische Auslegung	128
(c) Auslegung nach der Entstehungsgeschichte	132
(d) Teleologische Auslegung	134
(e) Zwischenergebnis	135
(3) Einfachgesetzliche Auslegung seit dem 01.10.2021	135
(a) Grammatische Auslegung	135
(b) Systematische Auslegung	136
(c) Auslegung nach der Entstehungsgeschichte	137
(d) Teleologische Auslegung	138
(e) Zwischenergebnis	138

Inhaltsverzeichnis

bb) Keine unzulässige Umgehung des anwaltlichen Berufsrechts	139
(1) Nach dem Gesetzesstand bis zum 30.09.2021	139
(a) Keine Verbotsnormen für Inkassodienstleister	139
(b) Keine entsprechende Anwendung des anwaltlichen Berufsrechts	140
(2) Nach dem Gesetzesstand seit dem 01.10.2021	141
cc) Forderungsbündelung im Wege einer unechten Sammelklage	142
(1) Rechtslage bis zum 30.09.2021	143
(a) Grammatische Auslegung	143
(b) Systematische Auslegung	144
(aa) Keine Überschreitung der Befugnis zu außergerichtlichen Rechtsdienstleistungen	145
(bb) Gesamtbetrachtung des kollektiven Rechtsschutzes, des RDG sowie des Anwalts- und Prozessrechts	146
(c) Auslegung nach der Entstehungsgeschichte	149
(d) Teleologische Auslegung	149
(aa) Schutz der Rechtsuchenden	149
(bb) Schutz des Rechtsverkehrs und der Rechtsordnung	151
(2) Rechtslage ab dem 01.10.2021	155
(a) Grammatische Auslegung	155
(b) Systematische Auslegung	155
(c) Auslegung nach der Entstehungsgeschichte	156
(d) Teleologische Auslegung	158
(3) Zwischenergebnis zur Zulässigkeit der unechten Legal Tech-Sammelklagen	158
dd) Ergebnis zum Umfang der Inkassoregistrierung	159
c) Kein Verstoß gegen § 4 RDG a.F./§ 4 S. 1 RDG n.F.	160
aa) Andere Leistungspflicht	161
bb) Unmittelbarer Einfluss bzw. unmittelbare Wechselwirkung	162

cc) Jedenfalls keine Gefährdung der Rechtsdienstleistung	163
(1) Keine Gefährdung durch Prozessfinanzierung	163
(2) Keine Gefährdung durch einen externen Prozessfinanzierer	165
(3) Keine Gefährdung durch Forderungsbündelung	167
(4) Kein abweichendes Ergebnis für einzelne AGB-Klauseln betreffend einen Vergleichsschluss	169
(a) Folge eines Verstoßes gegen § 4 RDG a.F./§ 4 S. 1 RDG n.F. bei Annahme eines partiarischen Austauschverhältnisses	172
(b) Folge eines Verstoßes gegen § 4 RDG a.F./§ 4 S. 1 RDG n.F. bei Annahme einer GbR	173
(c) Zwischenergebnis	176
d) Gesamtergebnis zur Zulässigkeit der unechten Legal Tech-Sammelklagen	176
II. Auswahl geeigneter Vergleichsobjekte	176
D. Realisierung des Zugangs zum Recht bei Massenverfahren im Vergleich	178
I. Musterfeststellungsklagen	178
1. Anwendungsbereich	179
a) Sachlich	179
b) Persönlich	179
2. Kreis der möglichen Kläger	180
3. Geeignetheit für Streuschäden	181
4. Förderung zeitnaher und einheitlicher Gerichtsentscheidungen	183
5. Ausgleich eines strukturellen Ungleichgewichts	184
a) Bündelung der Sachverhaltskenntnisse	185
b) Herstellung wirtschaftlicher Waffengleichheit	185
aa) Kostenaspekte für die Anspruchsinhaber	185
bb) Kostenaspekte für die Kläger	186

Inhaltsverzeichnis

6. Bestmögliche individuelle Rechtsdurchsetzung	188
a) Wahrung grundlegender individueller Verfahrensrechte	188
b) Etwaige aus der späten Überprüfung der Anmeldung resultierende Risiken	190
c) Bestmögliche Rechtsdurchsetzung bei Vergleichsschlüssen	191
7. Zwischenergebnis	193
II. Musterverfahren nach dem KapMuG	194
1. Anwendungsbereich	194
a) Sachlich	194
b) Persönlich	195
2. Kreis der möglichen Kläger	195
3. Geeignetheit für Streuschäden	195
4. Förderung zeitnaher und einheitlicher Gerichtsverfahren	196
5. Ausgleich eines strukturellen Ungleichgewichts	197
a) Bündelung der Sachverhaltskenntnisse	197
b) Herstellung wirtschaftlicher Waffengleichheit	197
6. Bestmögliche individuelle Rechtsdurchsetzung	198
7. Zwischenergebnis	198
III. Einziehungsklagen von Verbraucherverbänden sowie Berufs- und Interessenvereinigungen	199
1. Anwendungsbereich	199
a) Sachlich	199
b) Persönlich	199
2. Kreis der möglichen Kläger	200
3. Geeignetheit für Streuschäden	201
4. Förderung zeitnaher und einheitlicher Gerichtsentscheidungen	202
5. Ausgleich eines strukturellen Ungleichgewichts	203
a) Bündelung der Sachverhaltskenntnisse	203
b) Herstellung wirtschaftlicher Waffengleichheit	203
6. Bestmögliche individuelle Rechtsdurchsetzung	204
7. Zwischenergebnis	204
IV. (Folgen-)Beseitigungsklagen	205
1. Anwendungsbereich	205
a) Sachlich	205
b) Persönlich	206
2. Kreis der möglichen Kläger	206
3. Geeignetheit für Streuschäden	206

4. Förderung zeitnaher und einheitlicher Gerichtsentscheidungen	207
5. Ausgleich eines strukturellen Ungleichgewichts	207
a) Bündelung der Sachverhaltskenntnisse	207
b) Herstellung wirtschaftlicher Waffengleichheit	208
6. Bestmögliche individuelle Rechtsdurchsetzung	208
7. Zwischenergebnis	209
V. Vorgaben der Verbandsklagen-RL	209
1. Anwendungsbereich	210
a) Sachlich	210
b) Persönlich	210
2. Kreis der möglichen Kläger	211
3. Geeignetheit für Streuschäden	211
4. Förderung zeitnaher und einheitlicher Gerichtsentscheidungen	212
5. Ausgleich eines strukturellen Ungleichgewichts	212
a) Bündelung der Sachverhaltskenntnisse	212
b) Herstellung wirtschaftlicher Waffengleichheit	213
6. Bestmögliche individuelle Rechtsdurchsetzung	213
7. Zwischenergebnis	214
VI. Unechte Legal Tech-Sammelklagen	214
1. Anwendungsbereich	215
a) Sachlich	215
b) Persönlich	215
2. Kreis der möglichen Kläger	216
3. Geeignetheit für Streuschäden	217
4. Förderung zeitnaher und einheitlicher Gerichtsentscheidungen	218
5. Ausgleich eines strukturellen Ungleichgewichts	219
a) Bündelung der Sachverhaltskenntnisse	219
b) Herstellung wirtschaftlicher Waffengleichheit	220
aa) Kostenaspekte für die Kläger	220
bb) Kostenaspekte für die Kunden	221
6. Bestmögliche individuelle Rechtsdurchsetzung	221
a) Keine vollständige Auszahlung der Klagsumme an den Kunden im Obsiegsfall	222

Inhaltsverzeichnis

b) Etwaige Beeinträchtigung der Rechtsdurchsetzung durch bestimmte AGB-Klauseln	223
aa) Kostenentstehung bei Vergleichswiderruf durch Kunden mit Kündigungsmöglichkeit des Legal Tech-Unternehmens	223
(1) Etwaiger Verstoß gegen § 4 RDG a.F./§ 4 S. 1 RDG n.F.	225
(2) Prüfung nach dem Maßstab der §§ 307 ff. BGB	227
(a) § 309 Nr. 5 BGB	227
(b) § 309 Nr. 6 BGB	228
(c) § 308 Nr. 3 BGB	230
(d) § 308 Nr. 7 lit. a) BGB	230
(e) § 307 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 Nr. 1 BGB	231
(3) Prüfung nach § 242 BGB	239
(4) Zwischenergebnis	241
bb) Alleiniges Vergleichsabschlussrecht des Legal Tech-Unternehmens und Verteilung des Vergleichsergebnisses quotial nach der Höhe der abgetretenen Forderung	241
(1) Etwaiger Verstoß gegen § 4 RDG a.F./§ 4 S. 1 RDG n.F.	242
(2) Etwaiger Verstoß gegen § 307 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 Nr. 1 BGB	245
(3) Prüfung nach § 242 BGB	247
(4) Zwischenergebnis	248
cc) Jederzeitige Kündigungsmöglichkeiten	248
dd) Kündigungsrechte bei der Verletzung von Pflichten/Obliegenheiten durch Kunden	249
(1) Etwaiger Verstoß gegen § 307 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 Nr. 1 BGB	250
(2) Prüfung nach § 242 BGB	251
(3) Zwischenergebnis	251
ee) Beendigung des Vertragsverhältnisses bei Aussichtslosigkeit der Beitreibung	251
(1) Etwaiger Verstoß gegen § 307 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 Nr. 1 BGB	252
(2) Prüfung nach § 242 BGB	254
(3) Zwischenergebnis	254
ff) Zwischenergebnis zu den geprüften Klauseln	254

7. Zwischenergebnis	255
VII. Ergebnis des Vergleichs	257
1. Anwendungsbereich	257
a) Sachlich	257
b) Persönlich	257
2. Kreis möglicher Kläger	257
3. Streuschäden	258
4. Förderung zeitnaher und einheitlicher Gerichtsentscheidungen	259
5. Ausgleich eines strukturellen Ungleichgewichts	260
a) Bündelung der Sachverhaltskenntnisse	260
b) Herstellung wirtschaftlicher Waffengleichheit	260
aa) Kostenaspekte für die Kläger	260
bb) Kostenaspekte der (wirtschaftlichen) Forderungsinhaber, soweit sie nicht Kläger sind	261
6. Bestmögliche individuelle Rechtsdurchsetzung	261
7. Zusammenfassende Darstellung der Bedeutung der unechten Legal Tech-Sammelklagen für den kollektiven Rechtsschutz	263
E. Verfassungsrechtliche Bedeutung des Vergleichsergebnisses für die unechten Legal Tech-Sammelklagen	264
I. Art. 12 Abs. 1 S. 1 GG	265
1. Eingriff in den Schutzbereich	265
2. Rechtfertigung	266
a) Legitimer Zweck	266
b) Geeignetheit des Mittels	268
aa) Schutz der Rechtsuchenden	268
bb) Schutz des Rechtsverkehrs und der Rechtsordnung	269
c) Erforderlichkeit des Mittels	270
aa) Schutz der Rechtsuchenden	270
bb) Schutz des Rechtsverkehrs und der Rechtsordnung	272
d) Angemessenheit des Mittels	272
3. Zwischenergebnis zur Auslegung der Inkassoregistrierung im Lichte von Art. 12 Abs. 1 S. 1 GG	277
II. Art. 14 Abs. 1 S. 1 GG	278
1. Eingriff in den Schutzbereich	278

Inhaltsverzeichnis

2. Rechtfertigung	278
3. Zwischenergebnis	279
III. Ergebnis zur verfassungskonformen Auslegung	279
F. Gesamtergebnis	280
Literaturverzeichnis	283

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Amtsgericht / Die Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
Alt.	Alternative
AnwBl	Anwaltsblatt
Art.	Artikel (Einzahl)
Artt.	Artikel (Mehrzahl)
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BeckOGK	beck-online.GROSSKOMMENTAR
Beil.	Beilage
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
BOV	Beschleunigtes Online-Verfahren
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer

Abkürzungsverzeichnis

BRAK-Mitt.	BRAK-Mitteilungen
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BRJ	Bonner Rechtsjournal
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzw.	beziehungsweise
CDC	Cartel Damage Claims
CR	Computer und Recht
d.h.	das heißt
DAR	Deutsches Autorecht
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
DJT	Deutscher Juristentag
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
Ed.	Edition
Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
EnWZ	Zeitschrift für das gesamte Recht der Energiewirtschaft
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EUR	Euro
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
f.	folgende (Einzahl)
FAS	Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FD-InsR	Fachdienst Insolvenzrecht
FD-MietR	Fachdienst Miet- und Wohnungseigentumsrecht
FDP	Freie Demokratische Partei
ff.	folgende (Mehrzahl)

Abkürzungsverzeichnis

Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GKG	Gerichtskostengesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht in der Praxis
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht – Rechtsprechungs-Report
GS	Gedächtnisschrift
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HGB	Handelsgesetzbuch
Hrsg.	Herausgeber
i.E.	im Ergebnis
i.S.d.	im Sinne des/der
i.V.m.	in Verbindung mit
jM	juris – Die Monatszeitschrift
juris-PK	juris PraxisKommentar
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KapMarktInfo-Hdb	Handbuch der Kapitalmarktinformation
KapMuG	Gesetz über Musterverfahren in kapitalmarktrechtlichen Streitigkeiten
KG	Kammergericht
KMUs	kleine und mittlere Unternehmen
KostR	Kostenrecht
KV	Kostenverzeichnis
LG	Landgericht
lit.	litera (Buchstabe)
LTO	Legal Tribune Online
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen

Abkürzungsverzeichnis

MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MHdB GesR	Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts
MMR	MultiMedia und Recht
MüKo	Münchener Kommentar
MüKoEuWettBR	Münchener Kommentar zum Wettbewerbsrecht, Europäisches Wettbewerbsrecht
n.F.	neue Fassung
Neubearb.	Neubearbeitung
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report
NomosBR	Nomos – Das Deutsche Bundesrecht
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
OLG	Oberlandesgericht
RBerG	Rechtsberatungsgesetz
RDG	Rechtsdienstleistungsgesetz
RD <i>i</i>	Recht Digital
RDV	Verordnung zum Rechtsdienstleistungsgesetz
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rspr.	Rechtsprechung
RVG	Gesetz über die Vergütung der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte
SGG	Sozialgerichtsgesetz
sog.	sogenannte/r
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
u.a.	unter anderem / und andere
u.U.	unter Umständen

UKlaG	Gesetz über Unterlassungsklagen bei Verbraucherrechts- und anderen Verstößen
Urt.	Urteil
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	vom
v.a.	vor allem
VbR	Zeitschrift für Verbraucherrecht
VersR	Versicherungsrecht
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VSBG	Gesetz über die alternative Streitbeilegung in Verbrauchersachen
VuR	Verbraucher und Recht
VV	Vergütungsverzeichnis
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
VW	Volkswagen AG
vzbv	Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.
WirtschaftsStrafR-HdB	Handbuch Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WpÜG	Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WuM	Wohnungswirtschaft und Mietrecht
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
z.B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozessrecht

